

Demokratie – Ist sie wirklich das, was sie verspricht?
– Ein philosophischer Exkurs aus aktuellem Anlass –
Einführende Überlegungen zum 5. Philosophischen Salon

(Autor Dr. Hans-Jürgen Stöhr)

Die „Demo-Kratie“ (griech.: „Volks-Herrschaft“) als Staatsform hat eine über 2000jährige Geschichte – selbst im Wandel, in verschiedenen Formen aufgetreten, abgelöst durch andere.

Als solche ist sie gebunden an das Gemeinwesen in einer klassenbedingten Gesellschaft. Sie findet sich heute wieder in der westlichen Welt in Gestalt der bürgerlichen Demokratie, als Staatsform einer kapitalistischen Gesellschaft.

Doch was ist Demokratie? In welchem Verständnis ist heute Demokratie zu begreifen? Ist das Demokratie-Modell der westlichen Staaten Europas das einzige gemeinwesen- und staatstragende Modell – verknüpft mit Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit?

Ist Demokratie per se sinnstiftend, auf Werte begründbar? Wenn ja auf welche?

Wenn hier zu fragen ist: Ist die Demokratie hier und jetzt wirklich das, was sie in seiner Wortbedeutung „verspricht“ - so war sie das „Versprechen“ zu keinem geschichtlichen Zeitpunkt gehalten. Somit ist zugleich die Frage erlaubt ist: Kann sie es jemals sein, was sie „verspricht“? Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ schloss stets Teile des Souveräns sowohl ein als auch gleichzeitig aus, weil durch Klassen und Schichten in der Gesellschaft determiniert sowie durch Politik und mehr oder weniger durch Parlamentarismus begründet.

Als solches ist sie ein historisches, dialektisch-widersprüchliches Konstrukt in einem Staatgebilde, in einem staatsbedingten Gemeinwesen. Als ein derartiges Konstrukt repräsentiert Demokratie im Gemeinwesen ein auf Orientierung angelegtes Ordnungs- und Handlungsprinzip.

Kann eine bürgerliche, weitestgehend auf eine parlamentarische Demokratie begründete Demokratie dem Anspruch einer gemeinwesenorientierten Demokratie gerecht werden?

Zweifel sind angebracht. Eine Demokratie als „Selbstherrschaft des Volkes durch (Ab-) Wahl der Regierung“ (Wikipedia) und mit Rechtsstaatlichkeit einhergehend, provoziert die Frage, ob eine derartig Sicht auf Demokratie eine gemeinwesenorientierte Demokratie erlaubt. Eine Demokratisierung der Gesellschaft im Sinne einer Vergesellschaftung der Demokratie scheint auf der Strecke zu bleiben.

Zu Recht kritisiert Aristoteles in seiner Staatsformenlehre die Demokratie zu einer der drei „entarteten“ Verfassungen, in denen die Regierenden nur ihrem Eigennutz dienen. „Er sah in der Demokratie die aktive Teilhabe und Teilnahme am Gemeinwesen als Teil der bürgerlichen Tugenden, also als Teil der Charakterbildung.“ (Zeit-Philosophie, Nr. 25, S. 28) Ist das heutige Demokratieverständnis nicht dahin zu korrigieren, Demokratie als die Fähigkeit des Staates anzusehen, das Gemeinwesen und das Gemeinwohl der BürgerInnen dieses Staates zu gestalten und zu entwickeln? Ist stattdessen die heutige Demokratie zu einer Wahl- und Parlaments- bzw. Parteien-Demokratie verkümmert? Die Effizienz der bürgerlichen Demokratie ist allein deshalb schon fragwürdig, wenn zu bedenken ist, wie ignorant bzw. irrational Wahl-Entscheidungen beim

deutschen Bürger getroffen werden.

K. R. Popper als Vertreter des Kritischen Rationalismus äußerte sich in einem Spiegel-Artikel v. 3.8.1987 abweichend von der politikwissenschaftlichen Souveränitätstheorie, die anfällig erscheint für totalitäre Tendenzen. Der Zweifel wird festgemacht an der Frage: WER soll herrschen: das ganze Volk? – das Gemeinwesen? – die Mehrheit des Volkes? Nach Ansicht Poppers ist die Frage falsch gestellt, weil nicht das Volk oder dessen Mehrheit herrscht, sondern stets Regierungen in einer Demokratie herrschen. Es müsse diese Frage besser ersetzt werden: Wie kann ein „Tyrannis“ vermieden werden und wie kann der Staat so gestaltet und in Gewaltenteilung geteilt und kontrolliert werden, dass Herrschaft einen möglichst geringen Schaden anrichten kann. Die demokratische Wahl ist nach Ansicht Poppers keine souveräne Wahl und Legitimation der neugewählten Regierung; es ist eine Parlaments- und Parteienwahl. Der Gang zur Wahlurne sei bestenfalls ein Volksgericht über die bestehende Regierung, bei dem der wahlberechtigte Bürger die Entscheidung trifft, ob diese es Wert ist zu bleiben oder zu gehen.

Die TAZ v. 24.1.2008 veröffentlichte einen Artikel vom französischen Philosophen Alain Badiou unter dem Titel „Demokratie – Politik – Philosophie“ und macht auf die paradoxe Beziehung zwischen diesen aufmerksam. Was diese Begriffe miteinander verbindet, ist die Wahrheit – so Badiou. Er spricht sich für eine Demokratisierung der Philosophie aus, die wiederum den Zugang zum Philosophischen in der Demokratie ermögliche.

Wenn Philosophie wichtiger sei als Demokratie wie Badiou und auch Platon behaupten, dann wird Gerechtigkeit „der philosophische Name für Politik als kollektive Wahrheit . . . , dann ist Gerechtigkeit wichtiger als Freiheit“ (ebenda). Demokratie lebe als „Volks- bzw. Mehrheitsherrschaft in dem Widerspruch zwischen Freiheit und Gerechtigkeit. – Ist demzufolge der Preis unserer Freiheit in dieser bürgerlichen Gesellschaft das hohe Maß an Ungleichheit und unzureichender Gerechtigkeit? Die gegenwärtige Gerechtigkeitsdebatte ist nicht ohne Grund mobilisiert worden. Sie berührt das gegenwärtige Demokratieverständnis und lässt die Behauptung zu, dass Gerechtigkeit in dieser bürgerlichen Gesellschaft nicht machbar ist. Diese These ist zugleich begründbar aus den o. g. Überlegungen, dass Demokratie als Staatsform immer auch einer Herrschafts-(=Diktatur-)form immanent ist und ihren Widerspruch in sich trägt: Als Demokratie steckt in ihr der Keim der Diktatur und sie lebt in einer Diktatur (z. B. als Macht des Privateigentums an Produktionsmitteln und als Macht des Kapitals). Die absolute Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur ist insofern vermessen, weil die Grenzen fließend sind.

Demokratie ist Politikfeld – auch in einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Wird Demokratie zur einer durch das Gemeinwesen bestimmenden Norm, dann wird sie „philosophisch“ und damit „wahrhaftig“ insofern, weil sie dann zum Mittel des Volkes wird, „die politische Wahrheit zu finden und zu realisieren“ (ebenda) – fernab jeglicher bürgerlich-parlamentarischer Demokratie. Demokratie wird zur Demokratie des Gemeinwesens mit dem Entwicklungskeim der Diktatur als Ausdruck der Macht des Volkes, einen neuen Weg zu gehen und Demokratie als eine Möglichkeit der Loslösung vom Alten und des Findens einer neuartigen Lebensgestaltung, verbunden mit kollektivem Lernen in der Gesellschaft mit dem Ziel der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit. Ist das erreicht, hat sich dann die Demokratie selbst „aufgehoben“ (Hegel)?

(sh. auch Zeit Philosophie, Nr. 25 v. Juni 2013 Was ist das gute Leben, S. 5 ff., S. 27 ff.)

Kontakt & Adresse

Dr. Hans-Jürgen Stöhr

Parkstr. 10 · 18057 Rostock

Tel.: 0381 – 44 44 103 · Fax: 0381 – 44 44 260

www.gescheit-es.de · info@gescheit-es.de